

P R O T O K O L L
der 398. Sitzung des Grossen Gemeinderats

| | |
|----------------------------|--|
| Datum | Dienstag, 26. März 2019 |
| Zeit | 19.30 – 21.50 Uhr |
| Ort | Aula der Schulanlage Moos |
| Anwesend Vorsitz | Kohler Andreas |
| Mitglieder | Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Grubwinkler Christa, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Hennache Lamya, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Lauper Reto, Legler Bettina, Lehni Laura, Lütolf Roland, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schnyder Isabel, Siegenthaler Muinde Gabriele, Slongo-Millioud Anne-Claude, Spycher Christian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel |
| Stimmenzählende | Aebersold Jürg, Brunner Joe |
| Vertreter des Gemeinderats | Pedinelli Stotz Daniela, Vizepräsidentin Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Wegmüller Beat |
| Sekretärin | Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin |
| Zusätzlich anwesend | Ueli Friederich, Rechtsanwalt (19.30 – 20.00 Uhr) Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter Matthias Störi, Infraconsult AG (19.30 – 21.15 Uhr) |
| Entschuldigt abwesend | Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bircher Laura, Corti Andrea, Häuselmann Bernhard, Thut Walter, von Gunten Adrian |
| Protokoll | Bühler Corina, Gemeindeschreiberin-Stv. |

Traktanden

| | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 19. Februar 2019 | 290 |
| 2. | Tagesschulreglement | 291 |
| 3. | Schulraumplanung; Kenntnisnahme Berichte • Schulraumplanung vom 02. März 2018 • "Sounding Board - Stufenzusammenführung" vom 07. August 2018 | 295 |
| 4. | Postulat Racine (SP): Schluss mit der überbeurteilten Ferienbetreuung! | 305 |
| 5. | Interpellation SP / Grüne / forum: Anstellungsbedingungen / Revision Personalreglement | 309 |
| 6. | Interpellation Schmid (SP) betr. Machbarkeitsstudie zur Erarbeitung der Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion | 310 |
| 7. | Sportkommission; Ersatzwahl | 310 |
| 8. | Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen | 310 |
| 9. | Neue parlamentarische Vorstösse | 311 |

Der Vorsitzende: Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich begrüsse Sie zur 398. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ebenfalls begrüsse ich die Mitglieder des Gemeinderats, die Bericht-erstatte der Medien und unsere Gäste. Die Sitzung ist eröffnet.

Aus dem Grossen Gemeinderat sind entschuldigt: Laura Bircher, Andrea Corti, Bernhard Häuselmann, Walter Thut und Adrian von Gunten. Durch die Abwesenheit von Adrian von Gunten ergibt sich eine Vakanz zum Stimmzähler. Die SVP-Fraktion schlägt als Stimmzähler für die heutige Sitzung Jürg Aebersold vor. Wenn der Wahlvorschlag nicht ergänzt wird und es auch keine Einwände gibt, würde ich Jürg Aebersold gerne ganz unkompliziert für die heutige Sitzung als Stimmzähler wählen. Gibt es Einwände? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit erkläre ich Jürg Aebersold für die heutige Sitzung als Stimmzähler. Es sind somit 35 Ratsmitglieder anwesend. Wir sind beschlussfähig.

Entschuldigt aus dem Gemeinderat ist Thomas Hanke. Weiter anwesend sind Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, Ueli Friederich, Rechtsanwalt, Matthias Störi von der Infraconsult AG und Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 19. Februar 2019

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Tagesschulreglement

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Es sind dies:

- die Botschaft, welche darlegt, weshalb sich der Gemeinderat entschieden hat, ein eigenes Reglement für die Tagesschule zu schaffen;
- der Entwurf des Tagesschulreglements vom 18. Februar 2019;
- der Entwurf der Tagesschulverordnung vom 18. Februar 2019. Dieser wird dem Grossen Gemeinderat nur zur Kenntnis vorgelegt. Im Nachgang zur Sitzung des Grossen Gemeinderats von heute wird die Verordnung vom Gemeinderat genehmigt;
- die bisherige Verordnung über die Tagesschule der Gemeinde Muri bei Bern vom 19. Juli 2010, in Kraft gesetzt am 1. August 2010.

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Raphael Racine: Die GPK hat einstimmig beschlossen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und das Tagesschulreglement zu genehmigen. Fast vier Jahre sind vergangen, seit am 1. August 2015 das neue Schulreglement in Kraft getreten ist. Heute nun folgt die Genehmigung des Tagesschulreglements. Somit haben insbesondere die Tagesschulleitungen endlich ein eindeutiges rechtliches Fundament, auf welches sie sich in ihrem Alltag stützen können. Die GPK folgt ferner der Argumentation des Gemeinderats, ein eigenes Reglement zu schaffen und die Tagesschule nicht via Teilrevision ins Schulreglement zu integrieren. Ein solches Vorgehen hätte womöglich die Diskussion über das Schulreglement wieder unnötig entfacht. Da die Tagesschule zudem nicht Teil der Volksschule ist, erschien der GPK die Schaffung eines eigenen Reglements als durchaus nachvollziehbar. Die GPK begrüsst zudem das Vorgehen des Gemeinderats im Umgang mit den Fragen des forums, welche kurzfristig vor der letzten GGR-Sitzung aufgetreten sind. Der Vorsteher des Ressorts Bildung, Stephan Lack, hat sich mit Vertretern des forums getroffen und konnte die Differenzen und Unklarheiten bereinigen. Verschiedene Punkte des forums wurden in der Vorlage berücksichtigt. Eine kritische Frage wurde noch betreffend Tagesschulverordnung gestellt. Als Parlament haben wir hierzu zwar nichts zu sagen. Es wurde als nicht stufengerecht empfunden, dass der Gemeinderat Betreuungspersonen anstellt oder entlässt. Stufengerechter wäre es eher, wenn die Tagesschulleitungen die Kompetenz zur Anstellung bzw. Entlassung hätten. Allerdings wurde der GPK dargelegt, dass Mitarbeitende der Tagesschule – im Gegensatz zu Lehrkräften in der Volksschule – Gemeindeangestellte sind und nach den personalrechtlichen Bestimmungen der Gemeinde angestellt werden. Daher wird dem Gemeinderat die Kompetenz der Anstellung zugesprochen.

Für den Gemeinderat (GR) spricht Stephan Lack: Besonders begrüssen zu diesem Traktandum möchte ich Daniela Schönenberger, Leiterin Tagesschule Muri, sowie Rechtsanwalt Ueli Friederich, der diese Vorlage zusammen mit den verschiedenen Anspruchsgruppen ausgearbeitet hat und darum sozusagen als geistiger Vater des neuen Tagesschulreglements betrachtet werden kann. Ich finde es schön, dass der Vater bei der Geburt dabei ist und hoffe natürlich auf eine nicht allzu komplizierte Geburt. Herr Friederich würde uns bei Komplikationen im Geburtssaal sicher zur Verfügung stehen. Wie wir alle wissen, haben die ersten Geburtswehen bereits im November 2018 eingesetzt. Das Geschäft wurde dann allerdings vom Gemeinderat terminlich neu angesetzt. Es war dem Gemeinderat damals nicht mehr möglich, die zum Teil berechtigten Fragen und Einwände des forums in so kurzer Zeit zu beantworten. Wie Sie in der Vorlage gelesen haben, konnten diese Differenzen in der Zwischenzeit bei einem wohlwollenden und zielführenden Gespräch mit dem forum geklärt werden. Einzelne Artikel wurden dabei präzisiert. Ich bin überzeugt, dass wir nun eine sehr gute Vorlage mit einem schlanken Reglement und einer präzisen Verordnung vor uns haben. Für Details gibt es sogar ein internes Funktionendiagramm. So, dass zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen auch wirklich alles klar ist. Für einige von Ihnen mag die ganze Genese als "Overkill" betrachtet werden. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, dass das Reglement und die Verordnung gerade in Bezug auf An- und

Abmeldungen, Zahlungsverbindlichkeiten oder allfälligen Ausschlüssen sehr präzise sein müssen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sonst der Tagesschulleitung und der Gemeindeverwaltung die Hände juristisch gebunden sind. Abschliessend möchte ich Sie daran erinnern, dass der Grosse Gemeinderat über das Tagesschulreglement abstimmt. Die Verordnung wird auf Stufe Gemeinderat verabschiedet. Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, allen, welche an der Erarbeitung mitgemacht haben, nochmals zu danken. Der Gemeinderat hofft auf eine unkomplizierte Geburt und bittet Sie, dem neuen Reglement mit Überzeugung zuzustimmen.

Das Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen:

Bettina Legler (FDP): Wie hinlänglich bekannt sein dürfte, hat sich die FDP Muri-Gümligen schon immer für die Belange der Tagesschule eingesetzt. Um einen reibungslosen und auch rechtlich fundierten Ablauf garantieren zu können, ist ein Instrument, wie das vorliegende Reglement, nötig. Wie auch die Abklärungen der Experten (Tagesschulleitung, Bereichsleitung Schulverwaltung/Tagesschule, Schulkommission und eine externe juristische Beratung sowie Auskünfte der Erziehungsdirektion des Kantons Bern) ergeben haben, braucht es wegen der neuen Regelungen für die Tagesschule teilweise eine rechtliche Grundlage im Sinne eines Reglements. Somit ist die Erstellung eines solchen Reglements unumgänglich.

Es scheint unserer Fraktion sinnvoll, nicht das gesamte Schulreglement einer Teilrevision zu unterziehen, sondern ein separates Reglement für die Tagesschule zu verfassen, dies nicht zuletzt auch darum, weil die Tagesschule - im Gegensatz zur Volksschule - eine Institution der Gemeinde ist, und sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Gemeinde angestellt werden. Dieses Reglement muss nicht ausführlich sein, sondern kann schlank gehalten werden.

Wie aus dem von unserer Fraktion kürzlich eingereichten Postulat hervorgeht, sprechen wir uns für die Prüfung der Einrichtung einer Ganztageschule aus. Deshalb steht noch offen, ob zu gegebener Zeit die Voraussetzungen für eine solche Ganztageschule geschaffen, und ob die Schul- und Tagesschulreglemente erneut überdacht und überarbeitet werden müssen. Es dürfte bis zur Erschaffung einer Ganztageschule noch einige Zeit dauern. Bis zu diesem Zeitpunkt muss trotzdem ein griffiges Instrument zur Regelung des Ablaufs der Tagesschule vorhanden sein, was auch wieder für die jetzige Gutheissung des vorliegenden Reglements spricht. Eine Revision des Schulreglements kann zu einem späteren Zeitpunkt nochmals diskutiert werden.

Das nun vorliegende Tagesschulreglement wurde in unserer Fraktion ausführlich angeschaut und diskutiert. Wir sind der Auffassung, dass es sich dabei um ein sehr durchdachtes, schlankes und gut anwendbares Dokument handelt. Alle weiterführenden Regelungen werden detailliert in der Verordnung und im Funktionendiagramm festgehalten und richtigerweise auf Stufe Gemeinderat verabschiedet. Aufgrund dieser Überlegungen werden wir dem Antrag des Gemeinderates zur Genehmigung des Tagesschulreglements einstimmig zustimmen.

Laura Lehni (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für die erneute Überarbeitung des Tagesschulreglements, unter Berücksichtigung der Anträge des forums. Wir denken, es ist sinnvoll, dass die Tagesschule ein eigenes Reglement erhält. Damit sie dennoch genügend in die Volksschule eingebaut ist, sollte die strategische Führung und Aufsicht durch die Schulkommission gewährleistet werden.

Der Artikel zum möglichen Ausschluss von Kindern aus der Tagesschule aufgrund nicht geleisteter Zahlungen können wir natürlich nachvollziehen, hoffen aber, dass dieser nur im absoluten Notfall und unter Berücksichtigung von Härtefällen zur Anwendung kommen wird. So stimmen wir dem neuen Tagesschulreglement zu.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Ich glaube, heute liegt ein klar besserer Entwurf vor, der insbesondere die Kongruenz zwischen dem Tagesschul- und dem Schulreglement verbessert hat. Wir sind dem Gemeinderat sehr dankbar für die konstruktive Zusammenarbeit. Die forum-Fraktion wird dem Geschäft selbstverständlich zustimmen.

Isabel Schnyder (SP): Das Tagesschulangebot in unserer Gemeinde ist eine gefragte und geschätzte Dienstleistung für Schülerinnen, Schüler und Eltern. Dass dieses Angebot nicht nur räumlich optimal, sondern auch organisatorisch gut aufgestellt ist, liegt in unserem Interesse. Deshalb werden wir das neue Reglement genehmigen und schätzen die Arbeit, die seit November noch geleistet wurde, damit wir heute über dieses Geschäft abstimmen können.

Die Tagesschule in unserer Gemeinde wird organisatorisch wieder stärker in die Volksschule integriert und somit die Zusammenarbeit zwischen Volks- und Tagesschule vereinfacht und optimiert. Das begrüßen wir sehr. Im neuen Tagesschulreglement wird dieses Näherrücken festgehalten, u.a. auch dadurch, dass wieder die Schulkommission die fachliche Aufsicht über die Tagesschule und somit auch die Wahl der Tagesschulleitung hat. Das macht Sinn und ist begrüßenswert. Eine vollständige Integration der Tagesschule in die Volksschule wäre uns allerdings noch lieber.

Lobenswert ist aus unserer Sicht auch, dass sich die Gemeinde klar zu einem Mindeststandard von pädagogischen Fachpersonen an Tagesschulen bekennt. Die Schülerinnen und Schüler werden so auch ausserhalb des regulären Unterrichts fachgerecht betreut und pädagogisch unterstützt.

Wie bereits vorhin von der GPK erwähnt, finden wir es unverhältnismässig, dass der Tagesschulleitung die Kompetenz zur Einstellung von Standortleitungen und Betreuungspersonen, die teilweise nur einige Stunden pro Woche arbeiten, nicht gegeben wird. Sie müssen jeweils vom Gemeindepräsidenten, oder vielleicht in Zukunft mal von einer Gemeindepräsidentin, angestellt werden. Im Gegensatz dazu dürfen Schulleitungen Lehrpersonen selber anstellen. Ein Widerspruch, der ins Auge sticht. Schul- und Tagesschulleitungen sollten kompetenzmässig gleichgestellt werden. Wir wissen, dass dies mit dem Personalreglement zusammenhängt.

Darin steht heute in Art. 15, dass der Gemeindepräsident nebenamtliche und nichtständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anstellt. Dies sollte nicht so bleiben. Abteilungsleitungen, somit auch die Tagesschulleitung, sollten künftig für untere Funktionen die Anstellungskompetenz erhalten. In der Gemeinde gibt es immer mehr Personen, die in kleinen oder Kleinstpensen angestellt sind. Zudem ist bei diesen Anstellungen die Fluktuationsrate hoch. Wenn nicht mehr das Gemeindepräsidium über Anstellungen von nebenamtlichen Betreuungspersonen in Tagesschulen und anderswo bestimmen müsste, könnte künftig viel Leerlauf und unverhältnismässige Bürokratie vermieden werden.

Jennifer Herren (SVP): Das Wichtigste vorweg: Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die getane Arbeit und dafür, dass die überarbeitete Vorlage so schnell wieder zur Beratung in den Grossen Gemeinderat gebracht wurde. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Tagesschulreglement so genehmigen, wie es vorgeschlagen wurde.

Die SVP-Fraktion begrüsst, dass sich der Gemeinderat dazu entschieden hat, für die Tagesschule ein eigenes Reglement zu schaffen und, dass er auch im Rahmen der Nachbearbeitung des Reglements bei dieser Entscheidung geblieben ist. Zum einen ist die Tagesschule nicht eigentlicher Teil der Volksschule, zum anderen kann so mit einem Tagesschulreglement und einer Tagesschulverordnung gearbeitet werden; letztere kann zudem durch den Gemeinderat einfacher an neue Bedürfnisse angepasst werden. Zu den vorgenommenen Änderungen im Vergleich zur ersten Version: In formeller Hinsicht begrüßen wir, dass sich zu der einen Überschrift noch weitere dazugesellt haben, nicht, dass man sich sonst in den 16 Artikeln verloren hätte. Es geht eher um die alte Regel "wer A sagt, muss auch B sagen". Inhaltlich erachten wir den neuen Art. 7 Abs. 2 mit den Aufgaben der Schulkommission als sinnvoll und als einen Gewinn.

Damit, dass gewisse Artikel von der Verordnung in das Reglement verschoben wurden, können wir auch leben, ebenso damit, dass der Zuschlag auf den Gebühren für Schülerinnen und Schüler, welche nicht die öffentliche Schule besuchen, aufgehoben wurde. Die praktische Bedeutung dieser Regelung oder deren Streichung wird zwar sehr bescheiden sein, aber es rechtfertigt sich aus sachlichen Gründen nicht, diesen Zuschlag zu erheben.

Zusammenfassend erachten wir das Tagesschulreglement als gelungen und werden es genehmigen.

Artikelweise Durchberatung des Reglements:

Art. 1 Gegenstand
Keine Wortmeldung

Art. 2 Tagesschule
Keine Wortmeldung

Art. 3 Angebote
Keine Wortmeldung

Art. 4
Keine Wortmeldung

Art. 5 Standorte
Keine Wortmeldung

Art. 6 Betreuung
Keine Wortmeldung

Art. 7 Schulkommission
Keine Wortmeldung

Art. 8 Leitung
Keine Wortmeldung

Art. 9 Anstellung
Keine Wortmeldung

Art. 10 An- und Abmeldung
Keine Wortmeldung

Art. 11 Gebühren
Keine Wortmeldung

Art. 12 Auskunfts- und Meldepflicht
Keine Wortmeldung

Art. 13 Verweigerung der Aufnahme, Ausschluss
Keine Wortmeldung

Art. 14 Ausführungsbestimmung
Keine Wortmeldung

Art. 15 Änderung eines Erlasses
Keine Wortmeldung

Art. 16 Inkrafttreten
Keine Wortmeldung

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Sowohl Raphael Racine (GPK) als auch Stephan Lack (GR) verzichten auf ein Schlusswort.

Es werden keine Rückkommensanträge gestellt.

Beschluss (einstimmig)
Das Tagesschulreglement wird genehmigt und per 1. Mai 2019 in Kraft gesetzt.

3. Schulraumplanung; Kenntnisnahme Berichte
• **Schulraumplanung vom 02. März 2018**
• **"Sounding Board - Stufenzusammenführung" vom 07. August 2018**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Daniel Arn: Zu diesem Traktandum standen der GPK Gemeindepräsident Thomas Hanke, Gemeinderat Stephan Lack sowie Gesamtschulleiter Rolf Rickenbach zur Verfügung.

Stephan Lack hat eingangs darauf hingewiesen, dass dieses Geschäft grundsätzlich von Seite der Planung herkam.

Bei uns in der Gemeinde sind verschiedene, grosse Projekte am Laufen, die bis zu 2'000 Einwohnende mehr bedeuten könnten. Auf der Zeitachse ist zwar noch nicht wirklich zu definieren wann, aber es könnte eintreffen.

Wie wir alle der Presse entnehmen konnten, haben verschiedene Gemeinden diese Entwicklung nicht vorausgesehen und dann schlussendlich verpasst, ihre Schulraumplanung proaktiv zu gestalten.

Dem wollte der Gemeinderat vorgehen und gab im Jahr 2017 der Firma Infraconsult AG den Auftrag, eine Auslegeordnung zu machen und zu Handen der Gemeinde einen Bericht "Schulraumplanung" zu verfassen. Dieser Bericht wurde mit Schlussdatum vom 02. März 2018 verfasst. Aus diesem Bericht schälte sich die Variante "V1a" (Status quo im Moos und Seidenberg) und Variante "V2 optimiert" (Übertrittsstufe im Moss, Sekstufe 1 im Seidenberg) heraus. Während sich die Schulleitungskonferenz für die Variante "V1a" (Stufenverteilung belassen wie bisher) aussprach, bevorzugte die Schulkommission die Variante "V2 optimiert" (Stufenzusammenführung mit Möglichkeit der Durchlässigkeit). Die Begleitgruppe der Schulraumplanung favorisierte ebenfalls die Variante "V2 optimiert", wies aber darauf hin, dass bei ihrer Entscheidungsfindung die pädagogischen Aspekte nicht fundiert geprüft wurden.

Da sich die drei Player nicht einheitlich äusserten, gab der GR der Infraconsult AG den Auftrag, noch zusätzlich eine Variantendiskussion zu starten um den drei erwähnten Gruppen die Möglichkeit zu geben, ihre Argumente und Befürchtungen in Form eines Sounding Boards darzulegen. Auch dieser Bericht liegt vor und ist datiert vom 07. August 2018. Gestützt auf diese vorausgegangenen Prozesse entschied sich der Gemeinderat nach eingehenden Diskussionen für die Variante "V2 optimiert". Wichtig ist dem Gemeinderat, dass eine Durchlässigkeit erreicht werden kann und, dass in Muri einheitliche Übertrittsverfahren eingeführt werden können.

Für die GPK war dieses gesamte Vorgehen nachvollziehbar und schlüssig. Wie immer verhalten sich die Mitglieder der GPK unglaublich apolitisch – auch wenn gewisse Schattierungen immer wieder leicht durchbrechen.

Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen: Die Berichte "Schulraumplanung" vom 02. März 2018 und "Sounding Board - Stufenzusammenführung" vom 07. August 2018 werden zur Kenntnis genommen.

Für den Gemeinderat spricht Stephan Lack: Es scheint heute Abend ein Schulabend zu sein, obschon an dieser Stelle nochmals gesagt werden muss, dass dieses Schulraumplanungs-Geschäft nicht eigentlich vom Ressort Bildung, sondern von der Planung initiiert worden ist. Ich begrüsse darum ganz besonders Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, und Matthias Störi von der Firma Infraconsult AG, der den Bericht zur Schulraumplanung erstellt und das Sounding Board zur Stufenzusammenführung geleitet hat. Ich begrüsse im weiteren zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer unserer Gemeinde, mehrheitlich aus den Kollegien Seidenberg und Moos. Um was geht es? Ausgangslage sind die rasch fortschreitenden Planungsgeschäfte Lischenmoos, Füllerich, 5-Egg und Schürmatt. Damit verbunden sind die zwangsläufig zu erwartenden höheren Schülerzahlen. Dies wurde versucht in den Modellrechnungen darzustellen. Für unsere Gemeinde stellt sich darum die Frage, ob unsere schulischen Infrastrukturen bzw. die Landreserven in den Schularealen mit dem geplanten Wachstum Schritt halten können. Wie Sie dem Bericht entnehmen können, sieht es glücklicherweise so aus, dass man davon ausgehen kann, dass die Reserven ausreichen werden und grundsätzlich kein zusätzliches Land für neue Schulbauten ausgeschieden werden muss. Bei anderen Gemeinden war dies nicht so. Dort hat man die Schulraumplanung sträflich vernachlässigt. Zu ergänzen gilt es noch, dass die Gemeinde aktuell Gespräche mit der Kirchgemeinde führt. Es besteht dabei die Absicht, das Kirchgemeindehaus im Melchenbühl von der Kirchgemeinde zu übernehmen und damit den Handlungsspielraum in der Schulraumfrage auszuweiten. In diesem Zusammenhang kann noch ergänzt werden, dass in der Zwischenzeit mit dem Kirchgemeindehaus Thoracker für das MüZe ein neuer Standort gefunden werden konnte. Soweit, so gut, Friede, Freude, Eierkuchen? Könnte man meinen, wenn wir jetzt hier abschliessen würden. Es ist natürlich nicht ganz so. Aus diesem Grund sind voraussichtlich auch all die zahlreichen Lehrpersonen anwesend.

Was ich hier sagen muss, ich weiss, es wird zum Teil bestritten, nach meiner Analyse - wenn wir ein durchlässiges Schulmodell einführen wollen - gibt es drei Möglichkeiten. Es gibt das Modell 3 a und Modell 3 b. 3 a ist Manuel, 3 b ist Spiegel und es gibt noch das Modell Twann. Mit Abstand am meisten im Einsatz ist das Modell Manuel (3 a). Nur gerade sieben Gemeinden haben das Modell Twann. Bei diesem Modell gehen die Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 9. Klasse zusammen in die Schule. Wenn wir ehrlich sind, wenn jemand hier im Saal glaubt, dass Muri das Modell Twann einführt, ist diese Person ein enormer Optimist. Aus meiner Sicht ist diese Variante obsolet. In der Schlussfolgerung, und das kann ich aus meiner Erfahrung sagen, reden wir von der Durchlässigkeit von einem Modell 3 a oder Modell 3 b. Eine andere Variante sehe ich nicht und konnte mir bis jetzt auch niemand aufzeigen. Das ist die Situation. Der Gemeinderat hat sich bekanntlich entschieden, diese mögliche strategische Absicht einer Durchlässigkeit durch ein spezielles Sounding Board überprüfen zu lassen. Wir haben gemerkt, dass es zu Unstimmigkeiten führt, vor allem in den Kollegien. Zum Teil aus absolut begreiflichen Gründen. In der Begleitgruppe Sounding Board waren Rudolf Ammann, Schulinspektor Kreis 7, Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter Muri, Theo Oldenberg, Vizepräsident Schulkommission und langjähriger Schulleiter Schulkreis Dennigkofen und Andreas Friderich, Leiter Schulverwaltung und meine Wenigkeit. Sie sehen, bis auf mich haben alle Personen einigeh Ahnung vom Schulwesen.

Die insgesamt 31 Kriterien waren für alle an der Beurteilung beteiligten Anspruchsgruppen inkl. zwei Gruppen aus einer Delegation aus der Lehrerschaft und den Schulleitungen Seidenberg und Moos. Das Resultat haben Sie gesehen, es gab tatsächlich Differenzen. Insbesondere in der Beurteilung und der Gewichtung der ganzen Kriterien. Ja, es tut weh und ist einerseits nachvollziehbar, dass es zwischen Begleitgruppe / Schulkommission / Gemeinderat und der Lehrerschaft / Schulleitungen Moos / Seidenberg in wichtigen Kriterien eine Differenz gibt. Die Schulkommission,

welcher in Muri die strategische Verantwortung obliegt, hat das Resultat des Sounding Boards sowie weitere Inputs aus dem Schulkreis Seidenberg / Moos intensiv diskutiert und sich nach Abwägen aller Argumente letztlich einstimmig für die Variante "V2 optimiert" ausgesprochen. Die zwei Hauptkriterien dafür waren:

- Nur mit einer Stufenzusammenlegung kann ein durchlässiges Schulmodell eingeführt werden. Wenn die Gemeinde mit einer Stufenzusammenlegung plant, schafft sie damit den Handlungsspielraum, zum gegebenen Zeitpunkt ein durchlässiges Modell einzuführen, das jedem Kind mehr Chancengerechtigkeit bringt. Rund 80% der Gemeinden haben dies.
- Die Stufenzusammenführung bringt den Vorteil eines einheitlichen Übertrittsverfahrens (Ende 6. Schuljahr bzw. Ende 8./9. Schuljahr), weil die Selektionen für alle Kinder der Jahrgangsklasse im selben Schulhaus bzw. Schulkreis stattfinden.

Der Gemeinderat ist den Überlegungen der Schulkommission in Abwägung der relevanten Argumente ohne Vorbehalte gefolgt und hat sich entschieden, mit der Variante "V2 optimiert" zu planen. Die Schulkommission und der Gemeinderat anerkennen auch die Argumente bezüglich möglicher negativen Folgen bei einer Zusammenlegung der Schulstufen. Insbesondere herrscht Verständnis für diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die das Schulhaus wechseln müssten. Ich begreife, dass es diejenigen, welche es trifft, schmerzt. Es wurde bei vielen anderen Gemeinden gemacht und diese wurden letztendlich auch erfolgreich.

In Anbetracht der Tatsache, dass diese Diskussion längst in den öffentlichen Medien geführt wird, möchte ich hier zum Schluss kommen. Eine Detailberatung zum genauen Typ des durchlässigen Schulmodells sprengt den Rahmen der heutigen Schulraumplanungs-Diskussion und soll darum in einer zweiten Phase angegangen werden. Ich werde mich allenfalls später nochmals in die Diskussion einbringen, möchte aber trotzdem nochmals erwähnen, dass es hier letztlich um die Kenntnisnahme einer Schulraumplanungs-Vorlage geht, und nicht um eine konkrete Modelldiskussion. Selbstverständlich, wenn man in diese Richtung plant betr. Durchlässigkeit, werden die Anspruchsgruppen wieder einbezogen, sobald es konkret um ein Schulmodell geht.

Das Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende: An dieser Stelle möchte ich bereits darauf hinweisen, dass Sie bei der Abstimmung die Möglichkeit haben werden, zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend von den zwei Berichten Kenntnis zu nehmen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Carole Klopstein (Grüne): Das vorliegende Geschäft wurde von den Grünen ausführlich diskutiert. Es war nicht ganz unkontrovers. Dies auch wegen der Intervention seitens der Lehrpersonen. Aus unserer Sicht sind die verschiedenen Überlegungen gut dokumentiert und es liegt in der Natur der Sache, dass hier die Meinungen auseinander gehen - schliesslich existiert das perfekte Schulsystem nicht und so individuell Menschen sind, so individuell werden Schwerpunkte gesetzt. Insofern ist es nachvollziehbar, dass verschiedene Ansichten bestehen was das Schulmodell betrifft. Daher verstehen wir die angebrachte Kritik der Lehrerinnen und Lehrer. Den Grünen ist es wichtig, dass die Qualität des Unterrichts hoch ist und die Schülerinnen und Schüler höchstes Niveau an Bildung geniessen dürfen. Durch welches System dieses Ziel am besten erreicht wird, lässt sich wahrscheinlich nicht abschliessend sagen. Was uns aber ein wichtiger und positiver Aspekt des neuen Systems – welches vom Gemeinderat vorgeschlagen wird – scheint, ist die Durchlässigkeit der verschiedenen Stufen. So werden die Jugendlichen dort gefördert, wo sie stark sind und werden damit motiviert, ihre Kenntnisse in diesem Fach zu vertiefen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass an einem Oberstufenzentrum das Angebot für die Jugendlichen breiter und vielfältiger ausgestaltet werden

kann, als dies bei vielen kleineren Standorten der Fall ist. Meine persönliche Erfahrung als ehemalige Schülerin in einem Oberstufenzentrum deckt sich mit dieser Aussage, beispielsweise durfte ich dort einen Fotokurs besuchen. Solche Angebote können auf Grund der kritischen Masse wahrscheinlich nur bei konzentrierten Standorten angeboten werden. Aus den eben genannten Gründen unterstützen die Grünen die Entscheidung des Gemeinderates. Wir denken, dass mit diesem Entscheid zur Bildung eines Oberstufenzentrums die Schule in Muri-Gümligen auf lange Frist den Schülerinnen und Schülern mehr Vorteile bietet, auch wenn dies während des Änderungsprozesses sicherlich auch zu verschiedenen Komplikationen führt. Wir sehen aber auch, dass eine grosse Diskrepanz zwischen den Ansichten des Lehrkörpers und der Gemeinde herrscht und würden Massnahmen zur gegenseitigen Annäherung unterstützen. Schliesslich ist eine Schule nur so gut, wie ihre Lehrerinnen und Lehrer. Wir nehmen damit den Bericht gerne zur Kenntnis, denken jedoch, dass es definitiv die Möglichkeit gäbe, sich gegenseitig anzunähern.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Für das forum ist die Bildung schon immer ein wichtiges Thema gewesen. Wir haben uns schon früh für die Durchlässigkeit eingesetzt, für eine Ganztageschule und auch Mitwirkungsfragen haben das forum immer wieder beschäftigt. Wir sind der Meinung, dass mehr miteinander, mehr zusammen wirken und mehr zusammen denken zu besseren Resultaten führt. In Bezug auf den Schulraumplanungsbericht, welcher uns vorliegt, nehmen wir diesen gerne zur Kenntnis. Er hat seinen Auftrag erfüllt, nämlich das Bevölkerungswachstum abzubilden und zu schauen, was der Zustand und das Potential unserer Schulhäuser ist. Das ist eine saubere, sorgfältige Arbeit. Dort wo es kritisch wird, ist bei der Frage, nach welchen Kriterien die verschiedenen Varianten beurteilt werden. Damit komme ich zu dem Teil, welcher an diesem Bericht spannend ist. Nämlich nicht der Bericht für sich, sondern die Verortung des Berichts in einer weiteren Landschaft. Dort gibt es zwei Aspekte, welche uns wichtig scheinen. Einerseits den Bericht in die strategische Landschaft zu verorten. Dieser Bericht befasst sich mit Strukturen und Gebäuden. Strukturen und Gebäude sind an und für sich ein physisches, materielles "Ding" und das wichtigste daran ist, welchen Zweck erfüllt eigentlich dieses Gebäude. Wenn ich Ihnen sage, hinter dem Wald steht ein Haus, dann fragen Sie mich sofort, was für ein Haus dort steht. Damit sind wir beim Zweck eines Gebäudes. Es geht darum, was das Haus bewirken soll, was soll darin stattfinden. Ein Haus muss je nachdem ganz anders aussehen. Es heisst aber auch, wenn wir Schulraumplanungsoptionen beurteilen wollen, müssen wir wissen, welche Kriterien wir anwenden. Diese Kriterien ergeben sich daraus, was für eine Art von Schule wir uns wünschen. Dann sind wir bei einer strategischen Vision, welche nebst dem Schulmodell im Bericht teilweise angedacht ist und mit der Durchlässigkeit auch Fragen umfasst, wie pädagogische Werte aber auch die bei uns gelebte Schulkultur. Dies wäre eine Grundlage um daraus Kriterien abzuleiten, damit man sagen könnte, Schulraumplanungsvariante 1, 2, 3, 4, 5 hat diese Vor- und Nachteile in Bezug auf unsere pädagogische Vision, welche wir hier in der Gemeinde umsetzen wollen. So wie es im Moment daherkommt, wenn wir den Bericht so nehmen, ohne die strategische Verortung, haben wir eigentlich den "Karren vor das Rössli" gespannt. Darum führen wir jetzt auch die Diskussion über Oberstufenzentrum ja oder nein. Statt eine Diskussion zu führen über die pädagogische Vision, welche wir hier in der Gemeinde realisieren wollen. Damit komme ich zum zweiten Teil meiner Verortungsübersicht. Es ist ein wenig die Frage, was dieser Bericht mit den verschiedenen Akteuren im Bildungswesen gemacht hat. Wir stellen fest, dass es offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmungen gibt in Bezug auf diesen Bericht und auch in Bezug auf die Rolle und wie der Prozess erarbeitet wurde. Aus unserer Sicht ist es sicher richtig, dass die Lehrerschaft im Normalfall ihre Anliegen via Schulleitung in die Diskussion einbringt. Wir sind aber auch dezidiert der Meinung, dass die Lehrerschaft bei wichtigen Fragen, wie z.B. bei strategischen Entscheidungen oder pädagogischen Visionen direkt mitwirken können muss. Schlussendlich sind es die Lehrerinnen und Lehrer, welche im Alltag eine pädagogische Vision umsetzen und leben. Wie wir alle wissen, sind die Lehrer extrem wichtig und zentral für den Schulerfolg

unserer Schülerinnen und Schüler. Das Malaise welches sich da zeigt, ist wahrscheinlich nicht ganz neueren Datums. Aus forum-Sicht sind wir froh, dass es jetzt hier sichtbar wird, weil wir der Meinung sind, dass es eine Chance für die Zukunft ist, etwas anders zu machen. Uns stimmt besonders positiv, dass wir von allen Seiten ein echtes Engagement und ein Interesse an einer guten Schule in unserer Gemeinde spüren. Es sind alle bereit mitzuarbeiten und etwas zu investieren, damit etwas verändert werden kann. Dies scheint uns eine gute Basis um vorwärts zu gehen und zu einem neuen Verständnis zu gelangen in Sachen Zusammenarbeit im Bildungswesen. Für heute ist eine Motion vorbereitet worden, welche diese Überlegungen dem Gemeinderat auf den Weg geben möchte, nämlich, dass eine pädagogische Vision erarbeitet wird unter der entsprechenden Mitwirkung von allen Bildungsakteuren in angemessener Art und Weise. Nach der Aktualisierung der Schulraumplanung, wie sie jetzt vorliegt, in Bezug auf die Varianten, wo man die Kriterien aus der pädagogischen Vision brauchen könnte. Uns wäre es jedoch lieber, wenn die Motion heute nicht eingereicht werden müsste. Daher fragen wir den Gemeinderat an, ob er bereit wäre, mit uns über die formulierten Anliegen in das Gespräch zu kommen, wie beim Erfolgsmodell Tagesschule. In einem konstruktiven Dialog könnte miteinander geschaut werden, wie die nächsten Schritte an die Hand genommen werden könnten. Wir sind froh, wenn der Gemeinderat zu dieser Frage Stellung nehmen würde und danken für die Aufmerksamkeit.

Beat Schneider (SP): Schulthemen interessieren immer und alle bringen mindestens neun Jahre Erfahrung zu Schulfragen mit. Ich persönlich begrüsse, dass der Gemeinderat seine Verantwortung wahrgenommen, die verschiedenen Varianten einander gegenübergestellt und letztendlich auch politisch einen Entscheid getroffen hat. Mit dem Schreiben der Lehrerschaft habe ich nicht nur positive Gefühle verbunden. Ich hatte das Gefühl, als ich die Unterlagen gelesen habe, dass die Lehrerschaft an mehreren Stellen eingeladen wurde und am Entstehen mitwirken konnte. Letztendlich ist es ein politischer Entscheid, bei welchem die politischen Verantwortlichen dahinterstehen müssen. In unserer Fraktion war die Diskussion heftig. Wir konnten keine der Varianten favorisieren. Darum werden die beiden Positionen in Einzelvoten dargelegt. Letztlich ist es so, dass wir gemäss dem Antrag des Gemeinderats, den Bericht heute zur Kenntnis nehmen. Allfällige zustimmende wie ablehnende Voten werden hier hoffentlich gehalten und werden im Protokoll ersichtlich sein. So wird für den Gemeinderat erkenntlich, ob der Grosse Gemeinderat den Zwischenbericht wohlwollend oder ablehnend zur Kenntnis nimmt.

Jennifer Herren (SVP): Die SVP-Fraktion begrüsst die geplante Stufenzusammenführung. Wir sind der Auffassung, dass sich dadurch insbesondere in pädagogischer Hinsicht Chancen bieten, welche zu nutzen sind. Es ist aus unserer Sicht ein grosser Vorteil, dass die Stufenzusammenführung es ermöglicht, ein durchlässiges Modell einzuführen. So haben Schülerinnen und Schüler, welche nicht in allen Fächern gleich stark sind, z.B. Schülerinnen und Schüler mit Legasthenie oder anderen Schwächen, welche sich nicht auf alle Fächer gleichermassen auswirken, die Möglichkeit, in ihren stärkeren das höhere Niveau und in den schwächeren Fächern das tiefere Niveau zu besuchen. Das hat für sie den Vorteil, dass sie höhere Zukunftschancen haben. Es wird für sie z.B. einfacher sein, eine Lehrstelle zu finden, als wenn sie in allen Fächern die Realschule besuchen. Weiter entspricht der Unterricht mehr ihren Anforderungen und sie werden nicht unter- oder überfordert. Weiter begrüssen wir, dass die Übertrittspraxis mit der Stufenzusammenführung stärker vereinheitlicht wird. Dies fördert die Chancengleichheit.

Es ist korrekt, dass noch kein formeller Beschluss zum durchlässigen Modell erfolgt ist. Dieses findet in der Bildungsstrategie Erwähnung, welche sich erst in der Vernehmlassung befindet. Wir haben es hier mit der klassischen Huhn-Ei-Problematik zu tun. Irgendetwas ist immer zuerst, irgendwo müssen wir beginnen etwas anzupacken, ansonsten verändert sich nie etwas. Hier liegt der Startpunkt bei den baulichen,

organisatorischen Massnahmen und nicht in den pädagogischen. Die Stufenzusammenführung hat zudem neben der Chance des durchlässigen Modells noch weitere Vorteile. Um nur eine zu nennen: Die Vereinheitlichung der Übertrittspraxis. Anders als Teile der Lehrerschaft beurteilte die Schulkommission und beurteilen auch wir in der Fraktion es als vorteilhafter, wenn es zu einer geringeren altersmässigen Durchmischung kommt. Weiter haben bauliche Massnahmen andere Zeithorizonte und befinden sich auf einer anderen Flughöhe als pädagogische Entscheide. Auf jeden Fall verbauen wir uns nichts mit der Stufenzusammenführung und die Vorteile rechtfertigen den Entscheid unabhängig von einem durchlässigen Modell.

Unseres Erachtens gilt es auch zu betonen, dass diesem Geschäft ein langer Entscheidungsprozess voranging, in welchem die Schulleitungen und die Lehrerschaft umfassend einbezogen wurden. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass ein Teil der Lehrerschaft mit der Entscheidung des Gemeinderats nicht einverstanden ist, zählen jedoch darauf, dass sie nicht nur die Nachteile dieser Variante sehen, sondern auch deren Vorteile anerkennen und bei der Umsetzung konstruktiv mitwirken. Uns ist bewusst, dass die Stufenzusammenführung für die Schulleitungen und die Lehrerschaft mit einem Mehraufwand verbunden ist. Wir sind aber der Überzeugung, dass sich dieser Schritt lohnt und sich auch in neuer Zusammensetzung gute Klimata in den Schulhäusern etablieren werden.

Marc Anrig (FDP): Wir von der FDP-Fraktion begrüssen die Richtung, die mit den vorliegenden Berichten zur Schulraumplanung vorgezeichnet wird. Die Begleitgruppe Schulraumplanung, bestehend aus dem Gemeinderat Ressort Bildung, der Gemeinderätin Ressort Bau, dem Bereichsleiter SSKS, Leiter Hochbau + Planung der Gemeinde Muri und dem geschäftsführenden Schulleiter, sorgte für eine Berücksichtigung der wichtigsten Interessengruppen. Weiter wurde bei einem "Sounding Board Stufenzusammenführung" weitere Meinungen - inkl. der Lehrerschaft/Schulleitungen Moos und Seidenberg - eingeholt. Ich kenne die Situation, ich war selber Moos-Schüler. Für den Koch- und Italienischunterricht musste ich in das Seidenbergschulhaus gehen. Bei der Oberstufenzusammenlegung sehe ich daher klare Vorteile.

Eine Schulraumplanung muss sehr weitsichtig sein. Ich vergleiche dies manchmal mit der Herzchirurgie in der Schweiz. Wenn jeder diesbezüglich wählen dürfte, hätten wir 22 Spitäler, welche die Sparte Herzchirurgie anbieten würden. Daher muss manchmal gesagt werden, wo die Kräfte konzentriert werden und wo der strategische Aufwand weitsichtig einzusetzen ist. Die operative Umsetzung kommt durch die Schulleitungen, was nicht vergessen werden soll. Die Rahmenbedingungen für die Schulentwicklung in der Gemeinde müssen gewährleistet werden.

Die kommenden Herausforderungen in unserer Gemeinde sind sehr zahlreich. Um einige zu nennen:

- Ausbau Kapazitäten für die Volksschule infolge steigender Schülerzahlen.
- Lehrplan 21. Die anwesenden Lehrpersonen wissen besser, was dies bedeutet, als alle die einen anderen Beruf ausüben.
- Chancengerechtigkeit → Zusammenlegung Mittelstufe (Moos) und Oberstufe (Seidenberg).
- Durchlässigkeit ermöglichen. Dieser Punkt wurde heute bereits mehrmals genannt.
- Überlappungen abbauen, z.B. im Bereich IT-Lösungen.
- Ressourcen optimal nutzen.
- Ferienbetreuung
- Pilot Ganztageschule in Planung.
- Digitalisierung schreitet voran.
- Rekrutierung von Lehrpersonen.

Daher sagen wir von der FDP, dass wir das unterstützen.

Detailberatung Bericht Schulraumplanung vom 02. März 2018

Die Kapitel werden einzeln durchgegangen. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Detailberatung Sounding Board – Stufenzusammenführung vom 07. August 2018

Die Kapitel werden einzeln durchgegangen. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Schnyder (SP): Wie unser Fraktions-Präsident bereits erwähnt hat, sind wir uns nicht ganz einig bei diesem Geschäft. Daher halte ich hier ein Einzelvotum von mir. Ich wohne direkt hinter der alten International School. In den letzten Tagen und Wochen konnte ich beobachten, wie die alten Gebäude der International School mit riesigen Abrissmaschinen abgebrochen wurden. Schon bald werden dort neue Mehrfamilienhäuser stehen und ich denke mir, dass dieser Standort sicherlich sehr attraktiv wird für Familien mit Kindern. Doch nicht nur bei mir vor der Haustür, überall wird geplant, gebaut und es entsteht überall neuer Wohnraum. Unsere Gemeinde will wachsen und das ist aus meiner Sicht auch gut so.

Neue Bewohnerinnen und Bewohner benötigen aber auch eine ausgebaute Infrastruktur, wobei da sicher die Schulen ein wichtiger Faktor sind. Dass unsere Gemeinde jetzt handeln will und die Schulraumplanung angeht, finde ich persönlich absolut notwendig. Die fundierte Analyse der Firma Infraconsult AG hat eine wichtige Basis für diesen Gemeinderats-Entscheid gelegt, den ich begrüsse. Der Zusatzschritt mit dem Sounding Board hat den Gemeinderats-Entscheid weiter gestützt. Schulkommission und LehrerInnenschaft konnten sich zu den verschiedenen Varianten äussern.

Ich kann die Verunsicherung der Lehrpersonen sehr gut verstehen, dass es mit diesem Entscheid nicht nur positive Reaktionen gibt. Denn Neues ist immer erst unangenehm und macht Angst. Die Variante "V2 optimiert", mit einem Oberstufenzentrum im Seidenberg wird aber sicher kein "Unort" wo Drogen, Alkohol usw. vorherrschen, wie man das nach Lektüre des Schreibens der LehrerInnen befürchten müsste. Ich selber arbeite an der grössten Schule der ganzen Schweiz, wo täglich Jugendliche und junge Erwachsene ein- und ausgehen und kann sagen, es funktioniert! Jugendliche bzw. Oberstufenschüler gesamtheitlich als "Problemfälle" zu definieren, die an einem Ort konzentriert Probleme verursachen, finde ich persönlich stossend. Jugendliche resp. Oberstufenschüler sind durchaus verantwortungsbewusst. Ein Ort, wo Gleichaltrige aufeinandertreffen, ein Oberstufenzentrum, bietet viele Vorteile.

Die Schulinfrastruktur kann an einem Standort optimiert werden. Z.B. Küchen an einem Standort, IT, Sportanlagen, usw. Wir haben vorhin bereits von Marc Anrig gehört, dass er überall herumrennen musste. Unser System, welches leider nicht zu den 80 % gehört, empfinde ich als vorsintflutliches Schulsystem. Es muss erneuert und die Durchlässigkeit muss gefördert werden. Jugendliche treffen sich in einem Oberstufenzentrum auf Augenhöhe und können gemeinsamen Unterricht und Projekte angehen. Eine neue Durchmischung der Klassen beim Übertritt in die Oberstufe fördert soziale Kompetenzen der Jugendlichen. Um pädagogisch zu werden, an der Berufsschule haben wir den sogenannten "peer to peer" Ansatz.

Ich stimme der LehrerInnenschaft zu, dass unbedingt eine pädagogische Diskussion über das passende Schulmodell geführt werden muss. Grundlage dazu bildet ja sicherlich schon die Bildungsstrategie, die momentan in der Vernehmlassung ist.

Doch jetzt ist es Zeit, um die Infrastruktur zu planen. Ich finde es gut, dass sich der Gemeinderat dazu entschieden hat. Ich danke für die Berichte und die geleistete Arbeit.

Joe Brunner (SP): Besten Dank an den Gemeinderat für die substanziellen Unterlagen zur Schulraumplanung.

Der Gemeinderat orientiert damit den Grossen Gemeinderat über den Stand der Planung. Der Grosse Gemeinderat hat heute nichts zu entscheiden. Er kann sie nur zur Kenntnis nehmen. Dazu ist Einstimmigkeit zu erwarten. Wer die Unterlagen gelesen hat, hat sie eo ipso zur Kenntnis genommen. Es geht dem Gemeinderat offenbar darum, vom

Grossen Gemeinderat zu vernehmen, wie er sich zum Geschäft positioniert. Zwei Bestvarianten stehen zur Wahl: Variante "V1a" wie bisher und Variante "V2 optimiert". Bei meinem Votum gehe ich von der Beurteilung des Gemeinderats aus, der schreibt: "Beide evaluierten Bestvarianten erlauben eine geordnete und qualitativ hochstehende Weiterentwicklung der Schule".

Der Gemeinderat hat sich für eine Neuorganisation, die Variante "V2 optimiert" entschieden. Aus meiner Sicht ist die Variante "V1a" wie bisher der bessere Weg, um die hohe Qualität unserer Schule zu erhalten. Ich nenne vier Argumente, die für eine Überprüfung des Gemeinderats-Entscheidens sprechen:

1. So wie die Schule heute organisiert ist, hat sie einen ausgezeichneten Ruf in der Bevölkerung. Eine Neuorganisation drängt sich nicht auf.
2. In beiden Schulen bestehen heute funktionierende Lehrerteams. Das ist wichtig für eine gute Schule. Daher sollten diese Teams nicht aufgelöst werden.
3. Die Lehrerschaft muss laufend zeitintensive Schulreformen bewältigen, zurzeit Lehrplan 21 und Digitalisierung. Die Lehrerschaft noch mehr mit einer aufgestülpten Neuorganisation zu belasten kostet Zeit, die besser direkt für einen guten Unterricht eingesetzt wird.
4. Eine Schulraumplanung, die zusammen mit einer motivierten Lehrerschaft realisiert wird, also Variante "V1a" dürfte besser gelingen als eine Schulraumplanung gegen den Willen der Lehrerschaft.

Die vier Überlegungen zugunsten der Variante "V1a" erhalten deshalb ein hohes Gewicht, weil der Gemeinderat – wie bereits erwähnt – sagt: "Beide evaluierten Bestvarianten erlauben eine geordnete und qualitativ hochstehende Weiterentwicklung der Schule". Ebenfalls zu beachten ist im Bericht Sounding Board die Aussage auf Seite 3: "Aus planerischer und baulicher Sicht sowie bezüglich erforderlicher Investitionen sind die beiden Varianten als gleichwertig zu beurteilen".

Noch ein kurzer Hinweis auf einen Druckfehler im Bericht Sounding Board auf Seite 10. Dort steht: "Durchlässiges Modell: Die Möglichkeit zur Einführung eines durchlässigen Modells (wie es bei ca. 80% der Klassen auf Sekundarstufe I im Kanton Bern der Fall ist) ist nur mit Variante V2 optimiert möglich". Demgegenüber ist festzuhalten: Es gibt im Kanton Bern viele Schulen der Sekundarstufe I mit einem durchlässigen Modell, die nicht der Variante "V2 optimiert" entsprechen. Ein durchlässiges Modell ist auch bei der Variante "V1a" sowohl in der Schule Moos wie auch in der Schule Seidenberg möglich. Die Durchlässigkeit ist in beiden Fällen möglich.

Ich danke dem Gemeinderat für die Möglichkeit einer Stellungnahme. Aufgrund der erwähnten Überlegungen geht die Bitte an den Gemeinderat, seinen Entscheid nochmals zu überprüfen.

Daniel Arn (FDP): Ich möchte kurz darauf hinweisen, wenn man hört, dass innerhalb des Kantons Bern rund 120 von 154 Schulen das durchlässige Modell haben und ich lese, dass wir uns dagegen wehren, setze ich schon einige Fragezeichen dahinter. Das was wir vorhin gehört haben von den Jungen, darauf müssen wir Wert legen! Wir machen die Schule für die Jungen. Ich bilde selber auch Lernende aus. Das Problem liegt darin, dass ein Schüler unter Umständen sprachlich nicht stark ist, dafür aber im Rechnen. Er kommt in eine andere Schule, in eine andere Klasse und es entstehen Schwierigkeiten. Ich sehe nicht ein, warum wir diesem Trend folgen sollten. Ein Change-Prozess ist nicht einfach. Das gibt Veränderungen und Unsicherheiten. Schlussendlich machen wir es jedoch für die Schulen. Wenn es in anderen Gemeinden funktioniert, dann müssen wir es auch packen. Nur diese Durchlässigkeit hilft uns. Wenn wir die Durchlässigkeit an zwei Standorten anbieten würden, wäre das nochmals wahnsinniger und wir wären in einer ganz komischen Organisationsform. Mit dieser Organisationsform vergeben wir uns nichts, wir können weiter planen. Es gibt Veränderungen, diese Veränderungen werden dauernd stattfinden. Wir wissen auch nicht, was in 20 Jahren stattfinden wird. Das Ziel muss sein, das Beste für die Schüler zu machen. Sie stehen im Zentrum, nicht andere. Daher ist die Durchlässigkeit zu unterstützen.

Eva Schmid (SP): Ich möchte zuerst meine Nichtinteressensbildung bekannt geben. Ich habe keine eigenen Kinder die hier in die Schule gehen. Daher hören Sie noch eine andere Meinung der SP. Mich stört der Weg, welcher gewählt wurde. Dass zuerst über die Planung gegangen wurde und nicht eine pädagogische Vision festgelegt wurde. Dies läuft jetzt zwar parallel und es ist sehr gut, dass nun eine Vernehmlassung läuft. Wir haben gute Berichte erhalten. Von allen Beteiligten ist sehr viel Arbeit investiert worden. Ich persönlich bin sicherlich nicht gegen die Durchlässigkeit und auch nicht gegen ein Oberstufenzentrum. Die Diskussion müsste jedoch anders gestartet werden. Was mich etwas beunruhigt hat ist, was man auf dem "Latrineweg" gehört hat. Die Kritik an der Lehrerschaft im Zusammenhang von Angst vor Veränderungen. Dies glaube ich nicht. Ich habe das Gefühl, dass wir sehr qualifizierte Lehrpersonen haben, welchen das Wohl der Kinder und deren Zukunft am Herzen liegt. Ich habe den Eindruck, wenn die Lehrpersonen übergangen werden, dass es sofort eine Dynamik einer möglichen Kündigungswelle oder von fehlender Motivation gibt. Das ist wiederum auch nicht gut. Ich liess mir von Fachpersonen sagen, dass es aktuell schwierig sei, gute Lehrpersonen zu finden. Daher sollten wir Sorg zu ihnen haben und trotzdem offen sein und einen Variantenentscheid treffen, bevor wir in die Schulraumplanung reingehen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Die Frage von Huhn und Ei stimmt in diesem Fall unbeschränkt. In der Managementliteratur ist es üblich, dass man sagt, die Struktur soll sich der Strategie ausweiten und nicht umgekehrt. Sprich, Struktur dient der Strategie. Der Hinweis, dass wir eine Bildungsstrategie in der Mitwirkung haben ist sicher richtig und wichtig. Diese beantwortet auch gewisse Fragen - hat aber auch Löcher. Offensichtlich ist, dass die Lehrerschaft der Meinung ist, dass es keine pädagogische Vision gibt resp. keine welche sie mittragen. Dies scheint uns ein relativ wesentlicher Punkt. Insgesamt stellt sich die Frage, wie sinnvoll es ist, einen wichtigen Entscheid zu treffen und dabei ganz viele Animositäten in Kauf zu nehmen, wenn wir doch wissen, dass zufriedene Mitarbeitende eine wesentlich bessere Leistung erbringen als unzufriedene Mitarbeitende. Darum ist für uns die Frage nicht was, sondern wie wir entscheiden. Wie können die verschiedenen Akteure eingebunden werden. Wir sind der Meinung, dass sich auf diesem Weg viele der heute gehörten Widersprüche z.T. auflösen würden. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass eine Schule nur eine gute Schule sein kann, wenn alle Bildungsakteure am gleichen Strick ziehen. Dies würden wir uns für unsere Gemeinde wünschen.

Beat Schneider (SP): Ich bin aktuell in einem grösseren Unternehmen engagiert. Dort sind Veränderungen an der Tagesordnung. Jede Veränderung ist eine Herausforderung. Jede Herausforderung bietet jedoch auch Chancen zur Entwicklung. Wenn wir diese Varianten anschauen, irgendwann muss gewählt werden. Dies ist zwar eine Herausforderung, bietet jedoch auch Chancen. Es könnte auch unter diesem Aspekt angeschaut werden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Daniel Arn wünscht für die GPK kein Schlusswort.

Stephan Lack ergänzt als Schlusswort für den Gemeinderat: Es ist nicht so, dass die Lehrer vollständig übergangen wurden. Wir haben extra ein Sounding Board aufgestellt. Wir können in Muri keine Vollversammlung machen. Wir haben auch eine Gemeindeordnung. Wir haben versucht, alle miteinzubeziehen. Es gab Delegationen in das Sounding Board. Es wurde nicht nichts gemacht, das ist schlicht nicht wahr und dies lasse ich mir auch nicht sagen! Der Gemeinderat sowie die Begleitgruppen haben sich alle Mühe gegeben. Letztendlich ist dies eine riesige Arbeit. Aktuell arbeitet die Schulkommission viel. Jetzt können wir sagen, wenn diese Dokumente vorliegen, fehlt die Vision, wenn wir die Vision haben, fehlt die Strategie. Das ist ein wenig Katze und Maus. Wenn wir auf diese Spiele eingehen, werden wir noch in zehn Jahren über die Vision der

Schule Muri diskutieren. Vielleicht wollen dies gewisse Leute, nämlich, dass in den nächsten zehn Jahren nichts passiert. Dies will jedoch der Gemeinderat sowie die Schulkommission nicht. Es muss gesagt werden, dass in einem Bericht der Erziehungsdirektion gelesen werden kann, welches die durchlässigen und welches die undurchlässigen Modelle sind. Ich habe es vorhin erwähnt, es kann zusammengezählt werden, ich komme auf 98.2 %. Ich sage es nochmals, es gibt das Modell 1: "Getrennte Real- und Sekundarklassen, örtlich getrennte Schulhäuser, keine Zusammenarbeitsform". Dies sind 6.7 %. Es gibt das Modell 2 welches wir haben: 9.1% und Modell 3 a Manuel: 62.3 %, Modell 3 b Spiegel 15.6 %. Ich sage es nochmals und ich bin sicher nicht der Einzige hier im Saal, ein Modell Twann (4.5%) ist in Muri undenkbar. Heute Abend können Sie sich äussern ob sie eine Durchlässigkeit wollen oder nicht. Wenn Sie eine wollen, geht es Richtung Modell 3a/b. Es gibt keine andere Lösung.

Der Schulinspektor hat mir geschrieben: "Lieber Stephan, danke für Deine Geduld. Die ERZ empfiehlt ein einheitliches Übertrittsverfahren in allen Schulen einer Gemeinde. Dies im Sinne einer Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler. Die Durchlässigkeit ist in den Modellen 3 a, 3 b und 4 (dies wäre Twann) gegeben. Das ist auf jeden Fall ein grosser Gewinn. Nur ein kleiner Prozentsatz der Schulen im Kanton Bern pflegen noch das Modell 1 und 2."

Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Am 14. Juli 2016 hat die Schulkommission einen Bericht der Schulleitungskonferenz erhalten. Der Bericht heisst: "Vorbericht Prüfung Modell Sekundarstufe 1 Schule Muri bei Bern". Dieser wurde durch Rolf Rickenbach verfasst und durch Roland Näf überprüft. Er wurde in den Schulkreisen Seidenberg, Moos, Dorf, Aebnit, Horbern, Melchenbühl und durch die Kindergärten und die Tageschule verabschiedet. Dort sind die möglichen Modelle beschrieben. Zum Modell 3 a steht: "Standorte: Da pro Schuljahr mit einer Realklasse zu rechnen ist, müssen die Real- und Sekundarklassen zwingend an einem Standort gemeinsam geführt werden". Genau der gleiche Satz steht beim Modell Spiegel 3 b. Es tut mir leid, dies wurde geliefert und ich glaube das.

Der letzte Punkt ist noch, um auf die Frage von Gabriele Siegenthaler Muinde zurück zu kommen, ich bin bereit mit Ihnen zu sprechen. Ich bin auch bereit mit Lehrpersonen zu sprechen. Ich muss jedoch auch das glauben was mir die Experten vorlegen.

Es werden keine Rückkommensanträge gestellt.

Der Vorsitzende: Wie bereits am Anfang gesagt, besteht die Möglichkeit, dass Sie bei der Abstimmung zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend von den zwei Berichten Kenntnis nehmen.

Raphael Racine: Ich habe eine Frage zum Vorgehen betreffend der Kenntnisnahme. Würde eine zustimmende Kenntnisnahme bedeuten, dass wir den Strategieentscheid des Gemeinderats damit unterstützen?

Der Vorsitzende: Soweit ich es mitbekommen habe, geht es darum, dass der Gemeinderat einen Gradmesser möchte. Es geht um den Bericht.

Zum vorgeschlagenen Abstimmungsprozedere entsteht im Plenum eine Diskussion.

Der Vorsitzende: Ich bitte nochmals um Ihre Aufmerksamkeit. Es geht darum, dass wir hier nicht nur die Fraktionsvoten haben, sondern von allen die Meinung, dass gesehen wird, wer wie zu den Berichten steht. Bei grossen Unklarheiten kann ein time out beantragt werden.

Joe Brunner (SP): Im Beschluss des Gemeinderats steht genau, der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Unterlagen sind gelesen worden und die Hausaufgaben gemacht. Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Dies ist die Frage, dies ist die Vorgabe. Jetzt kann nicht der Gemeinderatsantrag geändert werden.

Karin Pulfer (Gemeindeschreiberin): Sie haben den Gemeinderatsantrag zur Kenntnisnahme vorliegend. In der Vorbereitung der heutigen Sitzung hatte man das Gefühl, dass dem Parlament die Möglichkeit gegeben werden sollte, die Kenntnisnahme differenzierter vorzunehmen. Schlussendlich kann nicht gesagt werden, dass das Parlament die Berichte nicht zur Kenntnis genommen habe. Wir haben gehört, dass Sie sich sehr intensiv mit dem Thema befasst haben. Jetzt wäre dies die Möglichkeit gewesen, in einer Aufteilung, wie der Präsident es gesagt hat, die Kenntnisnahme vorzunehmen. Es geht jetzt nur um die beiden Berichte. Es gibt dann noch die Bildungsstrategie, welche sich auch mit diesem Thema auseinandersetzt. Ich schlage vor, dass Sie als Parlament entscheiden, wie Sie abstimmen möchten. Ob nach Gemeinderat oder in den vorgenannten Sparten. Nach Festlegung des Abstimmungsprozesses wird die Abstimmung durchgeführt.

Daniela Pedinelli: Ich möchte betonen, was die Gemeindeschreiberin gesagt hat. Die Kenntnisnahme ist eine Kenntnisnahme und somit keine Kompetenzdelegation. Es geht nur darum, dass wir durch den gewählten Abstimmungsmodus den Gradmesser etwas besser fühlen können. Ob eine Mehrheit des Parlaments dieser Stossrichtung zustimmend gesinnt ist oder ob eine andere Mehrheit/Minderheit das sehr kritisch ansieht. Mit der Abstimmung wird gar nichts verbaut. Bei der Stufenzusammenführung werden Sie die Gelegenheit erhalten, im Rahmen von Reglementsänderungen darüber abzustimmen. Wir können gerne schauen, ob die vorgeschlagene Abstimmungsart überhaupt zur Anwendung kommen soll. Es ist keine Kompetenzdelegation.

Beat Schmitter (FDP): Ich möchte beantragen, dass ein time out eingelegt wird. Wir haben einen Antrag und daraus kann nicht einfach etwas anderes gebastelt werden.

Es wird eine 10-minütige Pause eingelegt.

Der Vorsitzende: Da Unklarheit geherrscht hat, schlage ich folgendes Vorgehen vor: Zuerst frage ich, wer den Bericht zur Kenntnis nehmen möchte ohne weitere Abstufung und anschliessend, wer die Abstufung in die drei Kriterien wünscht. Gibt es dagegen Einwände? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung:

| | |
|--|----|
| Kenntnisnahme des Berichts ohne Abstufung: | 23 |
| Kenntnisnahme des Berichts mit Abstufung: | 5 |
| Enthaltung: | 5 |

Der Vorsitzende: Somit haben Sie den Bericht ohne weitere Abstufung zur Kenntnis genommen.

Eva Schmid (SP): Jetzt wurde erst über die Verfahrensart abgestimmt. Müsste nicht noch die Schlussabstimmung erfolgen?

Der Vorsitzende: Es geht hier um eine reine Kenntnisnahme.

4. Postulat Racine (SP): Schluss mit der überteuerten Ferienbetreuung!

Der Vorsitzende: An dieser Stelle verweise ich auf das Mail, welches Ihnen allen betreffend dieser Motion zugestellt worden ist. Raphael Racine hat gestützt auf Art. 31 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats eine Abänderung an seiner Motion vorgenommen. Wir behandeln nun heute die Motion mit neuem Wortlaut, der wie folgt lautet: "Der Gemeinderat wird beauftragt sicherzustellen, dass in der Gemeinde eine Ferienbetreuung (Kindergarten bis 6. Klasse) besteht, bei der die Elternbeiträge pro Kind

pro Tag maximal CHF 30.00 betragen." Raphael Racine hat vorgängig bereits einer Umwandlung in ein Postulat zugestimmt und zieht die früher eingereichte Motion zugunsten des Postulats mit eben genanntem Wortlaut zurück.

Für den Gemeinderat spricht Stephan Lack: Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs zu machen. Die Lehrerschaft bat mich noch klarzustellen, dass es ein absolutes Missverständnis wäre, wenn interpretiert würde, dass das Kollegium Seidenberg und Moos gegen eine Durchlässigkeit wäre.

Nun zu Traktandum 4. Dieser Vorstoss kam aus Sicht des Gemeinderats etwas holprig daher. Möglicherweise hatte er seinen Ursprung aus einem Gespräch zwischen mir und Raphael Racine. Es ist schon eher unüblich, während der dreiwöchigen Frist zwischen der Einladung bis zur Sitzung des Grossen Gemeinderats bei einem Vorstoss noch Inhalte zu ändern. Der Gemeinderat hofft, dass dies eine Ausnahme bleibt und bei den Parteien nicht Schule macht. Allerdings betrachtet der Gemeinderat die Thematik der Ferienbetreuung im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als relevant und darum prüfenswert. Selbstverständlich müssen diesbezüglich aber auch die Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen und die Balance zwischen Selbstverantwortung und Staatsaufgabe beurteilt werden. Der Gemeinderat ist aber bereit, falls der Grosse Gemeinderat dies auch will, das Postulat entgegzunehmen.

Raphael Racine (SP): Ich möchte zunächst einmal meine Interessenverbindungen offenlegen. Sie heissen Luis (5) und Sorin (2). Luis geht momentan in die Tagesschule und ist deshalb ein potentieller Kunde für die Ferienbetreuung.

Ferien bedeutet für viele Erholung, für uns bedeutet sie zunächst einmal Stress. Dies, da sowohl meine Frau wie ich berufstätig sind und wir leider nicht 13 Wochen Ferien haben. Für das Protokoll, dies ist ironisch gemeint. Ich möchte ein kurzes Beispiel erläutern. Jetzt sind bald Frühlingsferien. Was heisst das? In der ersten Woche nehme ich Ferien. Dort wo ich arbeite, habe ich immerhin fünf Wochen Ferien, andernorts haben sie immer noch nur vier Wochen Ferien. Ansonsten lösen wir es, indem wir Arbeitstage abtauschen, Minusstunden machen und Luis für ein paar Tage in die Ferien zu seiner Gotte schicken.

Wir könnten die Ferienbetreuung von profawo in Anspruch nehmen. Ich gebe zu, wir könnten es uns momentan leisten, die CHF 100.00 pro Tag zu bezahlen. Nur geht es uns hier ums Prinzip. Neulich habe ich im Coop in Plastik abgepackt vier Tomaten der Marke "Finefood" gesehen. Sie kosteten CHF 10.00. Ich gebe keine CHF 10.00 für vier Tomaten und keine CHF 100.00 oder CHF 70.00 für einen Tag Ferienbetreuung aus, egal wie gut die Qualität auch ist.

Wir können für die nächsten Ferien auf die Gotte von Luis ausweichen. Schnell kommt jeweils der Vorwurf auf, dass wir Kinder wollten und somit auch zu denen schauen sollen. Wir haben das Glück eines intakten Beziehungsnetzes. Nicht jeder hat aber dieses Glück, auf ein solches Beziehungsnetz zurückgreifen zu können. Meine Frau stammt beispielsweise aus Moldawien. Ihre Familie ist nicht hier. Dieser Teil der Familie fällt für die Betreuung weg. Besonders kompliziert wird es bei alleinerziehenden Eltern, meistens Mütter, mit mehreren Kindern. Ich kenne hier in der Gemeinde ein Beispiel einer alleinerziehenden Frau, welche aufhören musste zu arbeiten, weil sie sich die Ferienbetreuung der Kinder nicht leisten konnte. Auf ein Kind passen Freunde oder Gotte/Götti vielleicht noch gerne auf, aber auf drei oder vier Kinder? Dies könnte schwierig werden.

Die Zahlen des profawo-Programms zeigen es deutlich. Vier Kinder nutzten das Programm in den Herbstferien. Seien wir ehrlich, es gibt faktisch keine Ferienbetreuung in Muri-Gümligen. Von den 60 Kindern der letzten drei Jahre, zahlten 2/3 der Eltern den ganzen Tarif. Das verdeutlicht meines Erachtens, dass das Programm in erster Linie von sehr gut verdienenden Familien genutzt wird. Ich möchte aber eine Ferienbetreuung für alle. Die Ferienbetreuung ist zu teuer und wer es sich leisten kann, ist so gutverdienend, dass er den vollen Betrag bezahlen muss. Es kann auch sein, dass es Personen gibt,

welche Anspruch auf Subventionen hätten, dies aber nicht wissen. Auf dem profawo-Flyer wird diese Möglichkeit nicht sehr offensiv beworben. Evtl. scheuen diese Personen auch den administrativen Aufwand.

Ich denke letzten Endes, dass Sie nun meinem Postulat getrost zustimmen können. Ich sehe auch den Willen des Gemeinderats, dass er die Problematik erkennt. In der Antwort meiner ursprünglichen Motion habe ich herausgelesen, dass sich der Gemeinderat fast ein eigenes Postulat in Auftrag gibt, um dieses Thema zu prüfen. Sie gehen mit der Zustimmung zum Postulat kein Risiko ein. Es geht nur um eine Prüfung. Wenn die Prüfung ergeben sollte, dass der zahlbare Preis bei CHF 31.50 statt bei CHF 30.00 liegt, wäre ich auch zufrieden. Dies ist eine subjektive Einschätzung von mir und meiner Familie. Bei mir wäre die Grenze voraussichtlich bei CHF 40.00. Wenn die Kosten höher wären, würde ich mich wahrscheinlich anderweitig umschauchen. Ich weiss, von der Form her war das Ganze hier etwas kompliziert. Damit der Prozess nachvollzogen werden kann: Es war zuerst eine Motion welche vom Gemeinderat in ein Postulat umgeändert und anschliessend abgeschrieben wurde. Ich habe die ursprüngliche Motion in eine abgeänderte Motion umgeändert und schlussendlich bringe ich Ihnen den Vorstoss abgeändert in ein Postulat zur Abstimmung.

Fraktionserklärungen:

Patricia Messerli (forum): Ich möchte auch meine Interessenbindung bekannt geben. Ich habe zwei schulpflichtige Kinder, Pablo (15 Jahre) und Leon (13 Jahre). Ich kann Raphael Racine versichern, es wird einfacher, wenn sie grösser werden. Zu Beginn als wir schulpflichtige Kinder hatten, gab es nahezu keine Angebote in der Gemeinde. Es gab ein Angebot von profawo, damals hiess es jedoch noch anders. Meine Kinder gingen in den Sommerferien zweimal dorthin und fanden es total langweilig. Daher suchten wir eine andere Möglichkeit. Es gibt in der Gemeinde, gerade für schulpflichtige Kinder, andere Betreuungsangebote. Dies zwar nicht für 15 oder 14 Wochen im Jahr. Nebst dem Angebot von profawo gibt es in der Gemeinde diverse zusätzliche Ferienangebote für Kinder, wie zum Beispiel die polysportiven Wochen der Stiftung Jugendförderung Berner Handball, Angebote der offenen Jugendarbeit der Gemeinde und von der Kirchgemeinde. Es gibt auch ein Sommersportcamp in Tenero. Dieses wird mit CHF 100.00 durch die Gemeinde finanziert. Das Camp kostet CHF 350.00 für sieben Tage Tessin, Kost, Logis und Sport. Es gibt durchaus Möglichkeiten. Klar ist, dass die eigenen Ferien darum herum geplant werden müssen. Für viele Eltern wäre es bestimmt eine grosse Hilfe zu wissen, dass es Angebote in der Tagesschule oder von profawo gäbe, wo die Kinder hingebacht werden können. Das Angebot muss jedoch bezahlbar sein. Wie gesagt, das Angebot in Tenero oder ein Sportcamp der Stiftung Jugendförderung Berner Handball kostet CHF 200.00 pro Woche inkl. Mittagessen und ist somit nicht so teuer, wie das Angebot von profawo. Daher sind wir überzeugt, dass das heutige Angebot, welches die Gemeinde zur Verfügung stellt, zu teuer ist. Eine generelle Pauschalisierung der Angebote mit einem Fixbetrag finden wir jedoch nicht richtig. Es sollte eine Abstufung nach Einkommen geben, so wie es heute bereits bei der Tagesschule ist. Es muss nicht zwingend so viele Tarife geben wie es bei der Tagesschule der Fall ist. Wir könnten uns vorstellen, dass drei oder vier Tarife angeboten würden. Wir regen deshalb an, das steuerbare Gesamteinkommen, welches als Basis für die Berechnung des Höchstbetrages gilt, etwas anzuheben sowie einen Geschwisterrabatt einzuführen. Ein Vergleich zur Stadt Bern welche das Angebot für CHF 25.00 pro Tag anbietet. Die Stadt kostet dies im Jahr CHF 800'000.00. Die Einnahmen durch die Eltern belaufen sich auf CHF 120'000.00. Somit erreicht Bern mit den Ferieninseln einen Kostendeckungsgrad von 18%. Dies wäre ein relativ grosser Betrag, welcher auf die Gemeinde zukommen würde, bei einem Angebot von CHF 30.00 pro Tag. Richtig finden wir - und da möchten wir ein klares Bekenntnis des Gemeinderats - dass es jetzt vorwärts geht und geschaut wird, dass wir zu den Geldern kommen, welche ab Inkrafttreten der neuen Grundlagen vom Kanton gutgesprochen werden. Diese sollten beantragt werden. Hier ist uns noch nicht ganz klar, wie der Gemeinderat vorgehen will.

Muss der Gemeinderat noch ein Reglement anpassen, können die Gelder einfach eingefordert werden? Können diese nur für die Beträge von profawo eingefordert werden? Könnte der Gemeinderat beispielsweise auch sagen, dass ein polysportives Handballcamp unterstützt wird, Sportcamps welche mit CHF 100.00 durch uns subventioniert werden? Können auch dafür Gelder verlangt werden? Dies würde uns interessieren, bevor wir uns eine Meinung bilden ob wir diesem Postulat zustimmen oder nicht.

Annik Bärtschi (FDP): Ob das Abändern resp. Verschärfen einer Eingabe nach Vorliegen der Antwort des Gemeinderats sinnvoll und stilvoll ist, kann diskutiert werden. Die Stilfrage muss hier zum Glück nicht diskutiert werden, uns geht es um die Inhalte. Die FDP/jf-Fraktion ist der Ansicht, dass das Anliegen einer bezahlbaren Ferienbetreuung gut und berechtigt ist. Muri-Gümligen ist eine Gemeinde, in welcher die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hoch gewichtet wird. In diesem Sinn ist es sicher richtig, das bestehende Ferienbetreuungsangebot zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Ob es sinnvoll ist, die Maximalkosten pro Tag auch für Gutverdienende auf CHF 30.00 zu begrenzen, soll auch Teil dieser Prüfung sein. Die Volksschulverordnung wird per 01. September 2019 angepasst. Die Kosten pro Kind werden auf dieser Grundlage voraussichtlich bereits mit der bisherigen Abstufung des Ferienbetreuungskonzepts bei profawo je nach Einkommen auf CHF 30.00 oder CHF 50.00 sinken. Auch ist die Idee, von Betreuungsgutscheinen zu prüfen. Dort werden Betreuungstage in dem Umfang subventioniert, in dem ein Elternpaar mehr als 100% arbeitet. Selbstverständlich ist es für Alleinerziehende anders zu handhaben. Reine Ferienvergnügen der Kinder breit finanziell zu unterstützen, wäre sicherlich schön, aber meines Erachtens nicht zielführend und bezahlbar. Dies wären "Finefood" Tomaten auf Kosten der Gemeinde. Auch bleibt zu überprüfen, ob, wieder im Sinne der Betreuungsgutscheine, auch andere Angebote wie beispielsweise Pfadilager oder Sportcamps finanziell unterstützt werden könnten.

Insgesamt stellen wir fest, dass das Anliegen durchaus berechtigt ist. Bei der Umsetzung müssen Kosten und Verhältnismässigkeit im Auge behalten werden. Bevor die FDP/jf-Fraktion einer neuerlichen Motion zustimmen würde, müsste sie die Prüfungsergebnisse des Gemeinderats kennen und die für die Gemeinde anfallenden Kosten abschätzen können. In diesem Sinn stimmen wir der Überweisung des Vorstosses als Postulat zu und sprechen dem Gemeinderat unser Vertrauen für die sinnvolle Abklärung aus.

Gino Brenni (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und auch für die Bereitschaft auf die Anliegen des Motionärs resp. Postulants einzugehen. Es ist gut zu wissen, dass die sehr hohen Ferienbetreuungskosten in unserer Gemeinde auf absehbare Zeit sinken werden. Dennoch gehen wir mit der Wahrnehmung des Postulanten einig. Wenn der Maximalbetrag auch ab September 2019 immer noch CHF 70.00 pro Kind und Tag beträgt, ist das für die meisten Familien weiterhin eine vergleichsweise hohe Auslage. Für mich und meine zwei Kinder wäre dies eine relativ hohe Ausgabe. Wir fragen uns, wie sich die Stadt Bern Angebote leisten kann, die weniger als die Hälfte kosten, nicht aber unsere reiche Gemeinde.

Auch wenn er in seiner Antwort betont, dass er das Anliegen von Postulant Raphael Racine nicht verkennt, macht es auf uns den Eindruck, als komme dem Gemeinderat die Teilrevision des Volksschulgesetzes gerade recht. Denn damit bleibt die Entlastung der Elternbudgets - wieder einmal - am Kanton hängen, der sowieso schon von Bund und Gemeinden unter finanziellem Druck steht. Wir würden es begrüßen, wenn die Gemeinde hier etwas mehr machen würde.

Eine Deckelung auf CHF 30.00 pro Tag und Kind würde alle Einkommensklassen gleich behandeln und damit aus unserer Sicht eine gewisse Kostengerechtigkeit aufheben. Es wäre aber für alle Eltern einfacher, sich für ein solches Angebot anzumelden - ohne grossen Papierkram. Aus Sicht der Gemeinde entstünden damit jährliche Mehrkosten von ca. CHF 1'200.00, wenn man das Jahr 2018 als Referenz nimmt, bzw. CHF 3'500.00 wenn man das Jahr 2017 als Referenz hinzuzieht. Das ist aus unserer Sicht für unsere

Gemeinde auf jeden Fall verkräftbar. Wir unterstützen daher das Anliegen des Postulants.

Reto Lauper (SVP): Wenn man am Schluss spricht, ist das Meiste bereits gesagt worden. Zu meiner Interessensbindung: Emma - 22 Monate - und noch nicht ganz bestimmt, minus ein paar Wochen. Ich habe die Antwort der ursprünglichen Motion Racine gelesen und als sehr gut empfunden. Ich habe nicht gewusst, dass der Kanton diese Beiträge machen wird und war eigentlich davon überzeugt, dass auch Raphael Racine mit den Beiträgen von CHF 70.00 / CHF 50.00 / CHF 30.00 zufrieden sein wird. Dann kam die Abänderung welche auf CHF 30.00 geht. Der Effizienz und der fortgeschrittenen Zeit zu liebe, habe ich das time out genutzt und konnte manche Dinge direkt mit Raphael Racine besprechen. Wichtig ist, dass es in unserer Gemeinde eine bezahlbare Ferienbetreuung geben muss. Das sehen wir alle. Auch für das Gewerbe. Es sind nicht nur die Mütter, sondern auch die Väter, welche wieder arbeiten gehen sollen resp. müssen. Dies diskutiert hier niemand weg. Es wurde vorhin gesagt, jetzt bezahlt der Kanton einen Zustupf davon, oder hatte der Gemeinderat nur Glück? Da kann der Gemeinderat ja nichts dafür. Das ist jetzt halt so und eine glückliche Fügung. Generell etwas zum Postulatstext: "Es ist sicherzustellen, dass eine Ferienbetreuung angeboten wird, welche maximal CHF 30.00 kostet". Wir haben jedoch bereits von Patricia Messerli gehört, dass es bereits Angebote gibt, z.B. Tenero Wochen. Ich durfte alle die erwähnten kostengünstigen Ferienangebote als junger Knopf auch durchmachen und empfand dies damals als super. Jetzt ist die Frage, ob dies in diesem Fall ausgeklammert wird. Ich nehme an, dass es hier um das Angebot von profawo geht. Dies müsste vielleicht noch kurz geklärt werden. Prinzipiell haben wir nichts gegen die Überweisung vom Postulat.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Stephan Lack ergänzt als Schlusswort für den Gemeinderat: Ich möchte berichtigen, dass der Gemeinderat das Anliegen betreffend der Ferienbetreuung sehr ernst nimmt. Für mich ist dies ein Anliegen im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn Möglichkeiten für eine bezahlbare Ferienbetreuung geschaffen werden können, ist dies sicher etwas Gutes. Ich kann die Absicht des Gemeinderates bestätigen, wonach bei profawo der Kantonsbeitrag und derjenige der Gemeinde von je CHF 30.00 dabei ist. Das Thema mit den Ferienlagern muss ich noch anschauen. Ich glaube nicht, dass dies reglementiert werden müsste. Es braucht dort noch einen Entscheid.

Es werden keine Rückkommensanträge gestellt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Racine (SP): Schluss mit der überbezahlten Ferienbetreuung! wird überwiesen.

5. Interpellation SP / Grüne / forum: Anstellungsbedingungen / Revision Personalreglement

Der Vorsitzende: Die Stellungnahme des Gemeinderats liegt schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Isabel Schnyder (SP): Ich äussere mich kurz und kryptisch wie die vorliegende Antwort, welche ich gerne verdanke. Anscheinend gibt es seit 10. Dezember 2018 eine Projektorganisation. Dies ist zwar schön, jedoch schade, dass ich nicht weiss, wer die Projektorganisation ist. Das Ziel ist für mich klar, die Inkraftsetzung per 2020 und nicht per 2021. Falls die Projektorganisation noch Daten oder Informationen möchte, habe ich bereits eine Zusammenstellung von verschiedenen Gemeinden gemacht.

Noch erwähnen möchte ich, dass die Zahlen des BFS nicht vergessen gehen.

Aus der Mitte des Rats wird die Diskussion nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

6. Interpellation Schmid (SP) betr. Machbarkeitsstudie zur Erarbeitung der Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion

Der Vorsitzende: Die Stellungnahme des Gemeinderats liegt schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eva Schmid (SP): Herzlichen Dank für die Antwort und die Beilagen. Hier auch nochmals eine kleine Interessensbindung, ich bin nicht ein Fusionierungsturbo oder so. Mich störte jedoch die Informationspolitik ein wenig. Auch wenn wir glauben, die Position des Gemeinderats zu kennen, störte es mich, einfach der Zeitung entnehmen zu müssen, dass die Gemeinde Muri auch angefragt wurde. Wie weiteren Artikeln entnommen werden konnte, haben sich andere Gemeinden aus grundsätzlichen Überlegungen entschieden, an der Studie mitzumachen. Diese streben nicht zwingend eine Fusion an, können jedoch von den Ergebnissen profitieren.

Aus der Mitte des Rats wird die Diskussion nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

7. Sportkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende: Die Sozialdemokratische Partei Muri-Gümligen schlägt anstelle des aus der Gemeinde weggezogenen David Schwery für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sportkommission Mirja Brunner, Pflegefachfrau FH, Weststrasse 7, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Mirja Brunner wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sportkommission gewählt.

8. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Daniela Pedinelli: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Referendumsfrist in Sachen Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 19. Februar 2019 zur Desinvestition der Parzelle Muri-GbbL 330 (Worbstrasse 211) ungenutzt verstrichen ist.

9. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion SVP-Fraktion

Gemeindebetriebe Muri:

Schluss mit "Werbung" auf Kosten der Gebührenzahler!

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gemeindebetriebe zum Führen einer Spartenrechnung mindestens aufgeteilt in die Sparten mit Versorgungsmonopol (Gas, Wasser, Abwasser, Wärmeversorgung, Kabelnetz) und eine Sparte ohne Monopol (Telecom, soweit in Konkurrenz mit anderen Anbietern) anzuhalt. Weiter sind die gbm anzuhalt, sämtliche Kosten irgendwelcher PR-, Werbe-, Sponsoring- oder anderer Akquisitionsbemühungen separat von übrigen Aufwänden auszuweisen. Schliesslich ist den Gemeindebetrieben zu verbieten, den Sparten mit Monopol irgendwelche PR-, Werbe-, Sponsoring- oder andere Akquisitionskosten zu belasten. Die Benützungsgebühren für die Monopolbereiche sind entsprechend zu senken.

Begründung:

Viele werden sich noch an die Plakatkampagne ca. 2011 erinnern. "Für gute Sitzungen" sei gesorgt (Wasserversorgung/Abwasser?), "Ihre Kohle richtig gut verheizen" (Gasversorgung) etc., dank den gbm. In den damals publizierten Jahresrechnungen sind keine Werbekosten zu finden. So blieb es auch bis 2015. Erstmals 2016 erscheinen Werbekosten in den Rechnungen, in zwei Jahren (2016 und 2017) immerhin der stattliche Betrag von über CHF 350'000.-, bei einem ausgewiesenen Jahresgewinn von total rund CHF 34'000.- in den selben zwei Jahren.

Anlass zur vorliegenden Motion gibt nun der letzte "PR-Streich" der gbm: Sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderats wurden mit personalisierten, mehrfarbigen Karten von den Gemeindebetrieben zu einem "magisch-unterhaltsamen Abend" eingeladen, mit Apéro, Abendessen, Dessert und Zaubershow.

Dies mehr oder weniger gleichzeitig mit dem in den Medien breit geschlagenen "Skandal" betreffen Freikarten von Kunstmuseum und Zentrum Paul Klee, welche von diesen Institutionen an die Mitglieder des Grossen Rats verteilt worden waren.

Für Parlamentarier/innen dürfte die Annahme dieses gut gemeinten Geschenks deshalb ein No-Go sein. Für die Gebühren zahlenden "Kunden" bei Wasser, Abwasser und Gas gilt es, ein kostspieliges Ärgernis zu beseitigen.

Gümligen, den 26. März 2019

R. Lauper

J. Aebersold, M. Reimers, J. Brunner, G. Siegenthaler Muinde, L. Lehni,
E. Schmid, G. Brenni, J. Herren, U. K. Grütter, R. Mäder, C. Spycher,
A. C. Slongo-Millioud (12)

**Motion Laura Lehni (Grüne Fraktion)
betreffend hindernisfreie RBS-Station**

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Zugang zur Bahnstation Muri Richtung Bern auf der westlichen Seite bis Ende laufendes Jahr hindernisfrei zu gestalten. Betagte Leute, Rollatorbenützer, Rollstuhlfahrer, Eltern mit Kinderwagen sollen mühe- und gefahrlos und ohne Umweg auf der Westseite das Perron Richtung Bern erreichen können.

Begründung:

Am Mettlengässli und auch weiter unten wohnen sehr viele ältere Menschen. Sie alle sind jeweils ausser Atem, wenn sie das Stützli am oberen Ende des Mettlengässli hinter sich haben. Was folgt ist ein für Betroffene schwieriges Auf und Ab über die verschiedenen Absätze bis zum Perron Richtung Bern, zuerst vor der Raiffeisenbank und dann über die RBS-Gleise. Immer wieder stürzen dort ältere Semester und verletzen sich, weil die Situation nicht hindernisfrei gestaltet ist. 2019 ist das untragbar!

Im Altersleitbild der Gemeinde Muri-Gümligen aus dem Jahr 2013 steht im Kapitel individuelle Mobilität: „Mettlengässli zur Begegnungszone bestimmen. Die BewohnerInnen der Altersresidenz und der Alterswohnungen im Multengut können auch mit Rollator einigermaßen gefahrlos ins Dorf, zur Post oder Bahnstation“. Im Weiteren steht dort auch:

„Individuelle Mobilität ermöglicht unseren älteren Mitmenschen Autonomie, trägt zur Vergrößerung ihres Lebensraumes bei und beugt Isolation und Vereinsamung vor.“ 8 Seniorinnen aus der Überbauung Obstgarten (Bürgergemeinde) am Mettlengässli haben sich mit diesem Anliegen im Juli 2018 an den Gemeinderat gewendet. Sie wurden mit einem

Antwortschreiben auf später vertröstet. Frühestens 2021 könne dem entsprochen werden, wenn zwischen dem Egghölzli und der Station Muri das Tram auf zwei Spuren ausgebaut wird. Zudem sei für zwei der drei Absätze der RBS zuständig und nicht die Gemeinde. Die RBS hingegen habe rückgemeldet, dass dies aus betrieblichen Gründen nicht möglich sei.

Im Altersleitbild von 2013 wird von einer mittelfristigen Lösung gesprochen. Mittelfristig heisst mindestens 8 Jahre. Für ältere Menschen ist das eine zu lange Frist, da ihr Leben zeitlich sehr begrenzt ist. Die Absenkung käme aber auch jungen Eltern mit Kinderwagen zu Gute.

Im Weiteren ist zu wünschen, dass das Projekt KTM (Korrektur Thunstrasse Muri) die Situation beim Kreisel-Fussgängerstreifen zuoberst am Mettlengässli aus der Sicht der Betagten genau überprüft wird.

Muri, 18. März 2019

L. Lehni (Grüne Fraktion)

R. Buff, P. Rösli, G. Brenni, R. Racine, K. Jordi, H. Beck, J. Aebersold,
L. Hennache, J. Herren, G. Siegenthaler Muinde, P. Messerli, B. Schneider,
M. Gubler, E. Schmid, M. Reimers, A. C. Slongo-Millioud, C. Klopstein,
I. Schnyder, R. Mäder, R. Lütolf, D. Arn (21)

Interpellation forum: Sicherheit am Aareweg

Die Unterzeichnenden bitten den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

- Wie beurteilt der Gemeinderat die Lage und Sicherheit am Aareweg?
- Werden die Sicherheitsabstände & -bestimmungen eingehalten?
- Sind Sanierungsarbeiten geplant?
- Wenn ja, was sind die wichtigsten Schritte und wann werden diese umgesetzt?

Begründung

Spätestens mit Beginn der einsetzenden Schneeschmelze hat sich die Erosion des Aareuferwegs zwischen Parkplatz und Muribad nochmals verstärkt. Mittlerweile beträgt die Distanz zwischen Aare und Uferweg teilweise nur noch **vier(!)** Meter.

Die zur Sicherung des Ufers platzierten Steinbrocken sind teilweise abgerutscht und liegen in der Aareströmung. Viele Stellen werden immer wieder unterspült und rutschen dann ab, auch bei niedrigem Wasserstand.

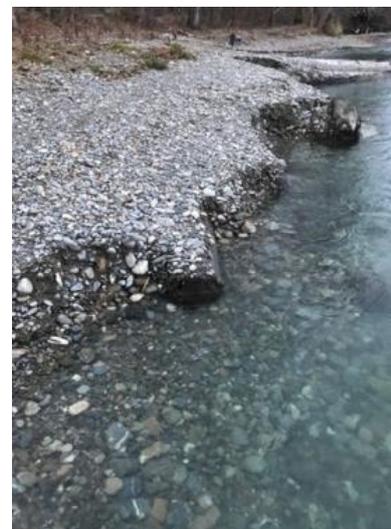
Es stellt sich somit die Frage, wie der Uferweg gesichert werden soll und wie ein mögliches Sicherheitsrisiko für Benutzer des Aarewegs minimiert werden kann - bevor sich ein allenfalls tragischer Unfall ereignet.

Fotos

8. Dezember 2018

21. März 2019







Muri-Gümligen, den 26. März 2019

I. Schnyder, P. Rösli, K. Jordi, G. Brenni, G. Siegenthaler Muinde, L. Lehni, P. Messerli, C. Klopstein, M. Anrig, R. Mäder, R. Lauper, L. Hennache, B. Schneider, B. Schmitter, A. C. Slongo-Millioud, H. Beck (16)

Einfache Anfrage Klopstein (Grüne): Waldrodung Chäppeli

- Ist die Gemeinde über die Waldarbeiten an der Thunstrasse 219 informiert?
- Wie bewertet der Gemeinderat die Art und Weise, wie die Waldarbeiten im Chäppeli vorgenommen wurden (Mit schweren Fahrzeugen Schneisen verursacht, gesunde Buchen und Eichen gefällt, ökologischer Mehrwert der Waldrodung)?
- Welche Möglichkeiten der Einflussnahme hat der Gemeinderat auf die Waldpolitik des Kantons?

Die einfache Anfrage wird direkt an der Sitzung durch Daniela Pedinelli beantwortet: Es ist tatsächlich so, wenn man Richtung Autobahnausfahrt von Muri aus fährt und den Holzschlag auf dieser Waldparzelle sieht, ist dies absolut beeindruckend. Man hat beim Hinschauen fast einen kleinen Schrecken. Die Verwaltung hat abgeklärt was dort passiert ist. Es handelt sich um einen privaten Wald und nicht um Gemeindewald. Es ging alles mit richtigen Dingen zu. Der Revierförster, Roman Suter, gehört zum Kanton und der Kanton ist zuständig für die entsprechenden Bewilligungen und diese ist vom Grundstückbesitzer eingeholt worden und die Bewilligung ist erteilt worden. Es ist so,

dass der Revierförster des Kantons jeden Baum anzeichnet, welcher gefällt werden darf. Er teilte uns mit, dass eine solch radikale Holzfällung auf diesem Grundstück sehr nötig war. Es wurden ca. 50% des Waldbestands gefällt. Der Boden ist so beschaffen, dass die Bäume, wenn sie sehr hoch werden, nicht mehr stabil sind. Es hat einige Grundstücke welche gefährdet würden. Es ist alles ordentlich abgelaufen und erteilt worden. Selbstverständlich schaut der Revierförster, dass es ökologisch ist. In diesem Fall war es in Anbetracht der Umstände wirklich nötig. Es war übrigens keine Waldrodung. Dies ist etwas anderes. Wenn man von einer Waldrodung spricht, ist es anscheinend mit einer anderen Nutzung verbunden. Der Holzschlag war so nötig.

Mitteilungen

Der Vorsitzende: An dieser Stelle möchte ich Sie bitten, sich den Dienstag, 02. Juli 2019 Nachmittag/Abend freizuhalten. An diesem Datum wird der alljährliche Parlamentsausflug stattfinden. Weitere Informationen werden noch folgen. Ich kann Ihnen bereits jetzt verraten, dass wir viel im Freien sein werden.

Die Sitzung vom April 2019 fällt mangels Traktanden aus. Wir sehen uns im Mai wieder. In Kürze werde ich noch die aktualisierte Apéroliste an die Fraktionspräsidien versenden. Das heutige Apéro wird von der SVP-Fraktion bereit gestellt.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Andreas Kohler

Corina Bühler